



BREMISCHE  
BÜRGERSCHAFT



# Novemberrevolution und Räterepublik 1918/19

Bremen und Nordwest-  
deutschland zwischen  
Kriegsende und Neuanfang





Die Rote Fahne am Bremer Rathaus, 15. November 1918 | Die Division Gerstenberg vor dem Rathaus, Februar 1919

## **Novemberrevolution und Räterepublik 1918/19**

Bremen und Nordwestdeutschland  
zwischen Kriegsende und Neuanfang

Dokumentation der wissenschaftlichen Fachtagung  
vom 1. November 2018 in der Bremischen Bürgerschaft  
Hrsg.: Bremische Bürgerschaft, Staatsarchiv Bremen



- 4 Vorwort  
**Christian Weber †**  
Präsident der Bremischen Bürgerschaft
- 6 Einführung  
**Prof. Dr. Konrad Elmhäuser**  
Staatsarchiv Bremen
- Novemberrevolution und Neubeginn im Reich  
und in Nordwestdeutschland**
- 14 **Dr. Wolfgang Niess**  
Die Revolution von 1918/19 und der Beginn der Demokratie in  
Deutschland
- 30 **Prof. Dr. Franklin Kopitzsch**  
Aufbruch zur Demokratie: Hamburg und Altona 1918/19
- 48 **Prof. Dr. Gerd Steinwascher**  
Zwischen Revolution und Beharrung – der Übergang zur Weimarer  
Republik in Wilhelmshaven/Rüstringen und Oldenburg
- 64 **Ulrich Schröder**  
Arbeiter- und Soldatenräte im Raum Bremen – ein Vergleich

## **Novemberrevolution und Räterepublik in der Freien Hansestadt Bremen**

- 78 **Dr. Hans Rudolf Wahl**  
Politik und Öffentlichkeit 1918/19 in Bremen: Revolution, Räterepublik  
und Demokratiegründung
- 102 **Rebecka Schlecht**  
Der Kampf um das Frauenwahlrecht – die Debatte im Bremer  
Revolutionswinter 1918/1919
- 116 **Gaard Kets**  
Radikale Theorie und politische Praxis in der Bremer Räterepublik
- 126 **Dr. Jörn Brinkhus**  
Das Freikorps Caspari, die Eroberung Bremens am 4. Februar 1919  
und das städtische Bürgertum
- 140 **Bettina Schleier**  
Die Februarkämpfe 1919 in Bremen: Tatorte und Opfer
- 154 **Elias Angele**  
»Demokratische« Staatsgewalt? Die Stadtwehr 1919–1921 in Bremen
- 166 Autorinnen und Autoren

# Radikale Theorie und politische Praxis in der Bremer Räterepublik, 1918–19

*Gaard Kets*



## Einleitung

Obwohl die Revolution von 1918–1919 in Deutschland im Allgemeinen noch immer eine recht »vergessene Revolution« ist, wie Alexander Gallus sie genannt hat, so hat deren Hundertjahrfeier zu einer neuen Welle von akademischen und journalistischen Publikationen geführt. Während diese Revolution in der bisherigen Historiographie meistens negativ dargestellt wurde (zum Beispiel als »gescheitert«, »unvollendet« oder »verraten«), fällt auf, dass sie in der Welle neuer Publikationen bedeutend positiver charakterisiert wird. So wird die Revolution nicht nur »gelobt«, sondern nunmehr sogar als »Aufstand für die Freiheit« oder als »Aufbruch in die Moderne« angesehen. In Bremen wurde sie kürzlich als »Experiment Moderne« bezeichnet. Der Historiker Reinhardt Koselleck hat gezeigt, wie die europäische gesellschaftliche Transformation in die Moderne im 18. und 19. Jahrhundert inhärent verbunden mit einer Transformation von Begriffen war, um die entstehende neue Gesellschaft zu beschreiben. Die Bedeutungen schon existierender Begriffe ändern sich, und neue Begriffe werden konstruiert, um neuen Erfahrungen Bedeutung zu geben.

Obwohl eine Charakterisierung der Novemberrevolution als Neuanfang der Moderne etwas übertrieben erscheint, wird in diesem Beitrag die These vertreten, dass die Revolution von 1918–19 einige grundlegende Neugestaltungen sozialer und politischer Begriffen bewirkt hat. Die radikalste und innovativste Erneuerung ist wohl die Ergänzung des politischen Vokabulars um den Begriff der Arbeiter- und Soldatenräte. Diese Räte sind nach der Revolution essentielle Elemente der Rätebewegung oder Basisdemokratie geworden, die in den 1960er- und 1970er-Jahren ihren Höhepunkt erlebte. Dass der Rätekommunismus der 1920er-Jahre aus den Erfahrungen der revolutionären Räte erwachen ist, gehört zum Kern ideologischer Debatten in den 1960ern und 1970ern. Aus der diskursiven Rezeption dieser Zeit wissen wir viel über die führenden Theoretiker der Revolution von 1919, so etwa über die Niederländer Anton Pannekoek und Herman Gorter sowie über deutsche Theoretiker wie Karl Korsch, Ernst Däumig und Otto Rühle. Obwohl diese Theoretiker auf die Arbeiterräte der Novemberrevolution rekurrieren, ist die genaue Beziehung zwischen den konkreten historischen Erfahrungen der Arbeiter und der nachträglichen ideologischen Darstellung ihrer Erfahrungen nicht unbedingt immer deutlich.

Deswegen argumentiert dieser Beitrag, dass ein Rekurs auf die ideologischen und theoretischen Repräsentationen und Interpretationen nicht ausreicht,

um die begrifflichen Neugestaltungen der Novemberrevolution zu erfassen. Ein besseres Verständnis der Räte Demokratie bedarf einer Begriffsgeschichte der Arbeiter- und Soldatenräte selbst. Wie haben die Arbeiter und Soldaten ihr eigene Erfahrungen in Begriffe gefasst, wie haben sie versucht, ihre eigenen Vorgehensweisen zu deuten? Dieser Beitrag versucht, die Wurzeln des Rätekommunismus aus dieser Sicht zu verstehen.

Meine Analyse wird durch drei demokratietheoretische Fragen strukturiert, die sowohl für die Entwicklung des Rätekommunismus als auch für die revolutionspraktischen Erfahrungen der Arbeiter und Soldaten in Bremen von grundlegender Bedeutung sind. Erstens stellt sich die Frage nach dem Demos: Wie wird dieser konstruiert – wie wird entschieden, wer dazugehört, und wer nicht? Zweitens gilt es zu beantworten, wie sich die Räte zu anderen Institutionen in Beziehung setzen. In concreto geht es hier um das Verhältnis zur Bremischen Bürgerschaft und zur Nationalversammlung in Berlin. Drittens stellt sich die Frage nach den Funktionen und Rollen der Räte im post-revolutionären Staat und in der post-revolutionären Gemeinschaft. Für die Beantwortung dieser Fragen beziehe ich mich natürlich auf die einschlägigen historischen Werke von Peter Kuckuk, lege aber den Schwerpunkt der Analyse auf die Protokolle des Arbeiter- und Soldatenrats, Zeitungartikel und die wenigen verfügbaren autobiografischen Quellen.

Eine der interessantesten Untersuchungsorte für ein solches Unterfangen ist Bremen, wo der radikallinke Flügel der Arbeiterbewegung schon vor und während des Ersten Weltkriegs dominant war. Insbesondere unter den Werftarbeitern und Volksschullehrern gab es eine starke Basis von Linksradikalen. Die Radikalisierung der Arbeiterschaft in Bremen wird gemeinhin zumindest teilweise auf die Rolle radikaler Parteitheoretiker wie Anton Pannekoek und Karl Radek zurückgeführt, die bereits in der Vorkriegszeit an der lokalen Parteischule Unterricht gaben. Bereits 1905 wurde in Bremen, inspiriert von der Revolution in Russland, der Sozialdemokratische Verein Bremen (SDVB) gegründet. Die Radikalisierung der Bremer Parteischule führte nach eine Reihe von Konflikten zum Ausschluss des Bremer Ortsvereins aus der nationalen Organisation der SPD. Zugleich mobilisierte die Bremer Linke erfolgreich große Teile der Bevölkerung in Demonstrationen und Streiks gegen Hunger und Krieg. Die Autoren und Redakteure des radikalen Wochenblatts Arbeiterpolitik attackierten zunehmend die Rolle der traditionellen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen und riefen die Arbeiter-

schaft explizit auf, das Heft selbst in die Hand zu nehmen. Als die Revolution am 6. November 1918 Bremen erreichte, waren die Führer der radikalen Linke selbst nicht präsent. Manche residierten in Berlin, manche waren noch an der Front, und andere waren inhaftiert. So ergriffen die Bremer Werftarbeiter selbst die Initiative und wählten, inspiriert von den radikalen Ideen der Bremer Linken, Arbeiterräte in den Weserwerften. Matrosen, Soldaten und andere Arbeiter schlossen sich im Stadtzentrum an, wo bald ein Soldatenrat gewählt wurde. Noch am selben Tag war die Stadt in den Händen der Arbeiter und Soldaten.

## **I. Wer ist der Demos?**

Die grundlegende Frage einer jeden Demokratie ist: was ist die *volonté de tous*, wer ist Mitglied des Demos, und wer nicht? Auch in der Revolution in Deutschland und in Bremen war genau dies eine der zentralen Fragen. Dies zeigt sich vielleicht am besten in der Debatte über das neue Wahlreglement für den Arbeiter- und Soldatenrat, das von fünf Delegierten verfasst und am 4. Dezember 1918 zum ersten Mal im Arbeiter- und Soldatenrat besprochen wurde. Kuckuk hat diese Debatte als eine Diskussion um verschiedene ›Selbstverständnisse des Rates‹ geschildert, die sich in den verschiedenen Definitionen der zulässigen Mitgliedschaft äußern. Die Mehrheitssozialisten forderten einen größtmöglichen Wahlkörper, an dem nicht nur die Fabrikarbeiter, sondern auch Beamte und andere Mitglieder der Bourgeoisie beteiligt werden sollten. Das USPD-Mitglied Adam Frasunkiewicz hingegen verstand die Räte als Grundlage eines Arbeiterstaats. Für ihn ging es bei den Arbeiterratswahlen darum, die Selbstverwaltung der Arbeiterschaft zu ermöglichen. Die übergeordnete Zielsetzung, Arbeitern zur Macht zu verhelfen, rechtfertigte für ihn auch die Beschränkung des Demos auf die Arbeiterklasse. Auch die Kommunisten forderten die Gleichsetzung allgemeiner Wahlen mit den Betriebswahlen; für sie beschränkte sich der Demos auf Industriearbeiter. Aus dieser Engführung ergibt sich aber ein wichtiges Problem, das wir auch in der späteren rätekommunistischen Theorie zurückfinden: Wenn allein die Arbeiterräte Grundlage des neuen Staats sind, und diese Räte nur von Industriearbeitern gewählt werden, so entstehen viele marginalisierte Gruppen, die auch in der neuen Gesellschaft keine formale politische Gewalt innehaben. Am deutlichsten wird dies in der Stellung von Frauen, die direkt nach der Demobilisierung von ihren Arbeitsplätzen entlassen worden waren, um für die heimkehrenden Männer Platz zu machen. Damit verloren Frauen aber auch das Recht politischer Mitentschei-



ding, das für die Werktätigen reserviert blieb. Ähnliche Probleme ergaben sich für Arbeitslose oder diejenigen, die unbezahlten Pflege- oder Betreuungsarbeiten im Haushalt nachgingen. Das Rechtfertigungsproblem bei der Konstituierung des Demos stellt sich also schon gleich zu Beginn der Revolution und ist seitdem von den Räteanhängern niemals sorgfältig aufgelöst worden.

Ein zweites Problem mit der (Selbst-)Konstituierung des Demos lag für die Vorkämpfer der Räteherrschaft in der Frage nach der Mitgliedschaft in Parteien oder Gewerkschaften. In der Debatte über das Wahlreglement hatte die MSPD argumentiert, dass auch nicht-organisierte ebenso wie die in christlichen oder liberalen Vereinigungen organisierten Arbeiter das Wahlrecht erhalten sollten. Unerwartete Unterstützung erhielt sie vom radikalen linken Flügel: Der Kommunist Opfermann zitierte die theoretischen Schriften von Radek und Pannekoek und forderte: »Jeder Zwang, irgendeiner Partei oder Gewerkschaft angehören zu müssen, um wählen zu können, muss fortfallen«.

Dieser Position lag die Analyse zugrunde, dass Parteien, Gewerkschaften und politische Führer schädlich für die Selbstverwaltung der Arbeiter seien. Obwohl die USPD und ein Teil der Kommunisten nicht-organisierte Arbeiter als eine zurückgebliebene Schicht der Arbeiterklasse betrachteten, widersprachen die Linkskommunisten dieser Sichtweise: Ganz im Gegenteil verstanden sie die nicht-organisierten Arbeiter als die meist fortgeschrittene Schicht, da diese sich des bürgerlichen Charakters aller Organisationen bereits bewusst seien und sich deshalb von vornherein einer Organisierung entzogen hätten. Ein anderer Linkskommunist und Mitbegründer der Zeitschrift Arbeiterpolitik (seit 1916), Hans Brodmerkel, wundert sich denn auch über die Befürwortung der Parteimitgliedschaft durch seine kommunistischen Kollegen: Es sei doch ganz deutlich, dass politische Parteien und Gewerkschaften eine hemmende Wirkung auf das Proletariat gehabt hätten, und dass das Ziel der Kommunisten deshalb darin liegen müsse, eine Einheitsorganisation zu formieren. Wenn man nun der unorganisierten Arbeiterschaft das Wahlrecht verweigere, sei dies eine Verneinung der Ideen Anton Pannekoeks und der bolschewistischen Erfahrungen in Russland. Diese Debatte zeigt eine wichtige Trennlinie innerhalb der radikalen Linken. Obwohl noch recht unscharf, wird hier schon sichtbar, dass die Mehrheit der Kommunisten den ›Leninistischen‹ Begriff von Parteiorganisation und Arbeitererrat übernimmt. Eine kleine Minderheit zeigt aber schon hier ein ›embryonales‹ Verständnis vom Arbeiterrat als Vertretung aller Arbeiter, womit nicht mehr eine

politische Partei, sondern der Rat selbst als primäre Organisationsform des Proletariats angesehen wird. Dieser Schritt ist für die Entwicklung des Rätebegriffs höchst bedeutsam, weil er eine Brücke zwischen den Ideen einer spontanen Massenaktion aus den Vorkriegsjahren und den Anfängen des Rätekommunismus und neuer Organisationsformen in den frühen 1920er-Jahren schlägt.

## II. Räte und andere Institutionen

Die zweite grundlegende demokratische Frage bezieht sich auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen den Räten und anderen Institutionen. Wie gelangen wir von der *volonté de tous*, dem Willen Aller, zur *volonté générale*, dem allgemeinen oder kollektiven Willen des Demos? Welche Institutionen sind hierfür vonnöten? In den Debatten der Arbeiter- und Soldatenräte finden wir interessante Auffassungen von Demokratie und Diktatur, von Vertretung und Delegation. Beispielhaft deutlich wird dies, als sich Johann Knief am 29. November mit einer Delegation streikender Arbeiter vor dem Rathaus postiert und ankündigt, dass die Bremische Arbeiterschaft es nicht akzeptieren werde, falls der Rat die Nationalversammlung ablehne. In seine Argumentation weist er darauf hin, dass die Räte die Vertretung der deutschen Arbeiterklasse seien und dass die alte, bürgerliche Form des Parlaments den Sieg der Revolution gefährde. Knief verwendet hier auch den Begriff der Diktatur des Proletariats, der für ihn eine positive Bedeutung hat. Auch verschiedene andere Mitglieder des Rats konzeptualisieren ihre Institution als Vollstrecker des Volkswillens, die zugleich demokratisch und diktatorisch sei: Im Gegensatz zum bürgerlichen Parlament sei der Rat demokratisch, und diktatorisch sei er, weil er ausschließlich die Interessen der proletarischen Klasse vertrete. Für Knief heißt das auch, dass der Rat unbedingt den Willen der streikenden Arbeiterschaft vollstrecken muss – scheinbar hat der Rat kein eigenes, selbstständiges Mandat.

Die MSPD vertritt exakt die entgegengesetzte Position: Diktatur sei Klassenherrschaft, und das sei genau, wogegen die Sozialdemokratie immer gekämpft habe. Einzig die Demokratie können zur Grundlage eines sozialistischen Staates dienen. Für die Sozialdemokraten schließen sich die Begriffe Demokratie und Diktatur gegenseitig aus. Wie in fast jeder Debatte nimmt die USPD eine komplexe Mittelposition ein, oder eigentlich zwei Mittelpositionen: für Alfred Henke war eine prinzipielle Ablehnung des Parlamentarismus theoretisch vielleicht richtig, aber praktisch unhaltbar. Ein Parlament könne für einige Jahre, bis die Revolution

gefestigt sei, neben den Räten existieren. Der linke Flügel der USPD, geführt von Adam Frasunkiewicz, lehnt den Parlamentarismus kategorisch ab. Für beide Seiten ist jedenfalls eine zeitlich befristete Diktatur des Proletariats durch die Räte kompatibel mit ihrem Verständnis von Demokratie. Für die große Mehrheit der Delegierten waren die Räte jedoch nur ein vorläufiges demokratische Forum, das baldmöglichst (über die Frist war man sich nicht einig) durch eine parlamentarische Demokratie ersetzt werden müsse. Die Minderheit aus Kommunisten und linkem Flügel der USPD, die den Parlamentarismus ablehnten, verfügten weder über einen kohärenten Begriff von Räte­demokratie, noch hatten sie ein klares Bild vom Verhältnis der Räte zu anderen demokratischen Institutionen.

Der Streit über die Nationalversammlung war in Bremen wie auch in Hamburg von einer Debatte über die Beziehung der Räte mit den althergebrachten bürgerlichen Institutionen, der Bürgerschaft und dem Senat, überlagert. Hierbei möchte ich zwei Elemente herausgreifen, erstens die Räte als politische und nicht-ökonomische Institutionen, und zweitens das Verhältnis zwischen der legislativen und der exekutiven Gewalt. Als der Arbeiter- und Soldatenrat Senat und Bürgerschaft absetzte, erhielt er somit die politische Gewalt. Obwohl die Linksradi­kalen die Nationalisierung von Banken und Großindustrie forderten, war im Diskurs der erste Wochen nach der Revolution keine Rede von den ökonomischen Funktionen der Arbeiterräte. In der späteren rätekommunistischen Ideologie hingegen werden die Räte zu primär ökonomischen Institutionen, die aus der Werkstatt heraus die kommunistische Gesellschaft gestalten sollten. Auf diese Weise wird die politische Funktion der Räte auf eine höhere Ebene verlagert, nimmt aber gleichzeitig eine sekundäre Stellung ein. Besonders deutlich wird dies in der Übersicht über das »reine Räte­system« von Ernst Däumig und Richard Müller. Aber während der Revolution selbst war hiervon noch keine Sprache. In den Jahren vor der Revolution hatten linksradikale Theoretiker wie Anton Pannekoek darauf hingewiesen, dass sich die Arbeiterschaft auch intellektuell befreien müsse, und zwar durch Partizipation in spontanen Massenaktionen. In der rätekommunistischen Theorie wird diese intellektuelle Emanzipation zu einer wesentlichen Funktion des Arbeiterrats, wohingegen sie in den politisch-praktischen Debatten des Bremer Arbeiter- und Soldatenrats noch nicht einmal erwähnt wird. Auch wenn hierfür bislang keine Erklärung vorliegt, ist dies doch ein recht auffälliger Befund.

Die Debatte über das Verhältnis zu Senat und Bürgerschaft zeigt auch, dass der Arbeiter- und Soldatenrat sich in seinem Selbstverständnis eine vor allem

legislative oder vielleicht sogar nur kontrollierende Funktion zuschreibt. Spätere Theoretiker des Rätekommunismus haben oft den Begriff der ›arbeitenden Körperschaft‹ von Karl Marx verwendet. Hiermit beschreiben sie, dass aus ihrer Sicht die exekutive und legislative Gewalt im Rat verschmelzen. Obwohl es in Bremen viele lebhafte Debatten über die legislative Funktion des Arbeiterrats und sein Verhältnis zu Senat und Bürgerschaft gegeben hat, ist hierbei der Begriff der ›arbeitenden Körperschaft‹ niemals gefallen.

### III. Die neue Gesellschaft

Eine weitere grundlegende Frage jedweder politischen Gesellschaft betrifft die Bestimmung des Allgemeininteresses: wie soll unsere ideale Gesellschaft aussehen? Es geht bei dieser Frage um die Gestaltung der post-revolutionären Gesellschaft. Obwohl hiermit viele Aspekte zusammenhängen, die ich bereits in der Diskussion um die Rolle und Funktionen der Räte angeführt habe, möchte ich noch einen Gegenstand hinzufügen.

Als am 10. Januar 1919 in Bremen die Räterepublik ausgerufen wurde, war dies auch eine Chance, die Lage der Arbeitslosen in der Stadt zu verbessern. Die heimkehrenden Soldaten forderten ihre ehemaligen Arbeitsplätze, die während den Krieg durch Frauen und Mädchen übernommen worden waren, zurück. Doch manche blieben erwerbslos. Die neue Räteregierung benötigte also einen Plan für die Erwerbslosenfürsorge, um den Arbeitslosen zu helfen. Der Rat der Volksbeauftragten schlägt vor, dass Frauen nur einen Bruchteil der Unterstützung für Männer erhalten, da sie im Allgemeinen zu Hause bei ihren Eltern leben können. Käthe Ahrens, eine der drei Frauen im Rat, opponiert heftig gegen diesen Vorschlag und fordert die gleiche Behandlung beider Geschlechter. Alfred Henek versucht dennoch, die Unterscheidung zu verteidigen. Er argumentiert, die ungleiche Behandlung begründe sich aus den Löhnen, die nun einmal unterschiedlich sein. Seine Einlassung führt zu einer Welle der Kritik von Seiten der Kommunisten Minna Otto, Karl Plättner und Hugo Wahl. Diese argumentieren, dass ein sozialistischer Staat nicht die Klassenjustiz des alten Staates fortsetzen dürfe. Die geschlechtsbasierte Differenzierung sei eine Fortsetzung der Mängel einer kapitalistischen Gesellschaft und somit inakzeptabel.

Die Position Henkes und sein befremdliches Verständnis von Geschlechtergleichheit war bereits im November sichtbar geworden, als er das Frauenwahlrecht als potenzielle Gefahr für die Revolution bezeichnet und auf die

Unmündigkeit der Frauen hingewiesen hatte. Dies zeigt, dass ein tief verwurzelter Sexismus selbst unter den radikalsten und überzeugtesten Verteidigern der Räte ein wesentlicher Bestandteil des »demokratischen« Diskurses war. Der Historiker Jörn Brinkhus hat kürzlich bemerkt, der Vorwurf der Radikalen, dass die Sozialdemokraten ihre grundlegende Programmatik zur Seite schoben, um übergeordnete politische Ziele nicht zu gefährden, könne ebenso auch auf die Linksradikalen selbst angewandt werden: Sobald sie die Stadt regierten, missachteten sie ihre eigenen Begriffe von Gleichheit. In der später folgenden rätekommunistischen Theorie wird die Frage der Geschlechterungleichheit in den Räten nicht wieder aufgegriffen, Rätetheoretiker haben hierauf kaum Wert gelegt. Zumindest für die Zeit der Revolution lässt sich diese Missachtung auch in der Praxis nachweisen.

#### **IV. Schluss**

Die Analyse der Bremischen Arbeiterschaft in der Novemberrevolution zeigt, wie wesentliche Ideen und Begriffe des Rätekommunismus bereits während der Novemberrevolution entwickelt wurden, und zwar in den Arbeiter- und Soldatenräte selbst. Obwohl diese Begriffe oft nicht die Klarheit und Kohärenz einer ausgearbeiteten Ideologie oder Theorie besitzen, bieten sie einen frischen Blick auf die Heterogenität der Ideenwelt der Revolution. Beispielsweise ist das Verständnis des Arbeiterrats als Organisationsform für unorganisierte Arbeiter eine begriffliche Innovation, die später auch im Rätekommunismus ausgearbeitet wird. Auch hat die Analyse gezeigt, dass problematische Ideen über Gender(un)gleichheit, die wir später im Rätekommunismus zurücksehen, schon im revolutionären Alltag ein wesentliches Problem dargestellt haben.

Ein zentraler Begriff des Rätekommunismus, den man in den Debatten erwarten hätte können, kommt indes nicht vor: die Idee der intellektuellen Emanzipation. Pannekoek und manch anderer Theoretiker hatten schon vor dem Krieg viel über den geistigen Kampf gegen die Bourgeoisie geschrieben und argumentiert, dass Massenaktionen die intellektuelle Emanzipation ermöglichen sollten. Während seiner Arbeit an der Parteischule der SPD in Bremen hatte Pannekoek hierüber gesprochen, und auch später, nach der Revolution, haben die Rätekommunisten viel über die Funktion der Arbeiterräte für die intellektuelle Befreiung der Arbeiterklasse geschrieben. Man hätte also erwarten können, dass dieser Begriff dann auch in den Debatten der Arbeiter- und Soldatenräte in Bremen fallen

würde. Eine mögliche Erklärung seiner Abwesenheit könnte darin liegen, dass die Räte in Bremen viel zu sehr mit den Alltagsproblemen der Revolution beschäftigt waren und keine Zeit hatten, um die größeren Ziele des Rätessystems zu diskutieren.

Abschließend ein programmatisches Punkt. Wenn wir heute das emanzipatorische Potenzial der Revolution von 1918–1919 verstehen möchten, und wenn wir die Bedeutung der Revolution für die Entwicklung der politischen Theorie angemessen würdigen wollen, dann reicht es nicht, über die großen Geister der Revolution zu forschen. Für ein gutes Verständnis der Begriffsgeschichte der Revolution brauchen wir einen Blick, der sich auf die Interaktion zwischen den Theoretikern einerseits und den Arbeitern und Soldaten andererseits richtet.

---

Für Empfehlungen bzgl. der Struktur dieses Textes sowie für die Redaktion der deutschen Druckfassung möchte ich mich bei meinem Kollegen Thomas R. Eimer herzlich bedanken.

Eine erweiterte, englische Version dieses Artikels erscheint 2019 als Kapitel in dem Sammelband *The German Revolution and Political Theory* (London, Palgrave Macmillan), herausgegeben von James Muldoon und Gaard Kets.